

Antrag

der Abg. Volker Schebesta u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Forderungen nach einem Erhalt der erfolgreichen Schulstruktur in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob ihr Initiativen von Schulleiterinnen und Schulleitern an Realschulen bekannt sind, in welchen diese sich für einen Erhalt des gegliederten Schulsystems in Baden-Württemberg einsetzen und in welchem Umfang diese Initiativen von den Realschulen mitgetragen werden;
2. ob es Verlautbarungen zum gegliederten Schulsystem auch vonseiten der allgemein bildenden Gymnasien oder beruflichen Schulen gibt;
3. falls ja: wie die Landesregierung diese Äußerungen beurteilt und welche Konsequenzen sie daraus zieht;
4. wie sie die aktuelle forsa-Umfrage zu Schulreformen beurteilt und welche Konsequenzen sie daraus zieht.

16. 01. 2008

Schebesta, Röhm, Vosschulte, Lazarus,
Hoffmann, Brunnemer, Kurtz, Krueger CDU

Begründung

Im vergangenen Jahr haben zahlreiche Schulleitungen von Hauptschulen das gegliederte Schulsystem in Baden-Württemberg infrage gestellt und die Auflösung der Schulart Hauptschule gefordert. Die Realschulen sind historisch die bewährte mittlere Säule im Schulsystem des Landes. Sowohl Realschullehrkräfte, Realschulschulleitungen, Eltern und Abnehmer akzeptieren diese Schulart in hohem Maße. Durch die von einzelnen Seiten immer wieder geforderte Zusammenlegung von Schularten befürchten Vertreter von Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen, dass die Qualität, die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des baden-württembergischen Schulsystems gefährdet werden könnte.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 13. Februar 2008 Nr. 34–6411.3/854 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob ihr Initiativen von Schulleiterinnen und Schulleitern an Realschulen bekannt sind, in welchen diese sich für einen Erhalt des gegliederten Schulsystems in Baden-Württemberg einsetzen und in welchem Umfang diese Initiativen von den Realschulen mitgetragen werden;

Am 7. Dezember 2007 ging ein Schreiben des Schulleiters der Realschule Jestetten im Kultusministerium ein. Diesem Schreiben ist ein Positionspapier der Schulleiterinnen und Schulleiter der Realschulen im Kreis Waldshut beigefügt. Darin wird die Leistungsfähigkeit der Realschule betont und auf die guten Zukunftschancen der Realschulabgänger verwiesen. Die Unterzeichner sind davon überzeugt, dass die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler – und nicht eine Strukturdiskussion – im Mittelpunkt der Bildungspolitik stehen sollte. Ferner wird die Sorge um den Bestand der Realschule in Baden-Württemberg zum Ausdruck gebracht. Die Unterzeichner fordern den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems, da eine differenzierte und individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ihrer Ansicht nach nur in einem differenzierten Schulsystem leistbar sei. Die auf ihre Schülerklientel ausgerichtete Unterrichtskonzeption der Realschule habe sich bewährt. Die Realschule orientiere sich auch an Anforderungen von Handwerk, Technik und Industrie sowie an sozialen Herausforderungen. Schließlich seien die beruflichen Gymnasien der ideale Anschluss für Realschülerinnen und Realschüler zu einem hochwertigen Bildungsabschluss.

Dieses Positionspapier wurde bislang von der Hälfte aller Realschulrektorinnen und Realschulrektoren (insgesamt 226 Schulleiterinnen und Schulleiter) aus Baden-Württemberg unterzeichnet, was als deutliches Votum für den Erhalt der Realschule und ebenso der Hauptschule sowie des Gymnasiums zu sehen ist.

2. ob es Verlautbarungen zum gegliederten Schulsystem auch vonseiten der allgemein bildenden Gymnasien oder beruflichen Schulen gibt;

Zwischenzeitlich haben die Direktorenvereinigungen der baden-württembergischen Gymnasien in einem eigenen Positionspapier Stellung zur Schulstrukturdiskussion bezogen. Die Direktorenvereinigung betont hierbei die eigenständige Aufgabenstellung des Gymnasiums im gegliederten Schulsystem und, dass das Gymnasium einen durchgängigen, einheitlichen Bildungsgang bietet, der die Schülerinnen und Schüler ohne Brüche zum Abitur führt. Die Direktorenvereinigung spricht sich gegen eine Verlängerung der Grundschulzeit in Baden-Württemberg aus und vertritt die Ansicht, dass die über vier Jahre hinausgehende gemeinsame Lernzeit zu Niveauverlust und Zurückbleiben der Leistungsfähigeren und damit zu hoher Frustration bei vielen Kindern führe. Das Gymnasium gewährleiste ab Klasse fünf eine begabungsgerechte Förderung. Weiter wird ausgeführt, dass eine nachhaltige Sicherung der gymnasialen Lerninhalte Zeit und Kontinuität erfordere. Durch ein durchgängiges Konzept gymnasialer Methodik und Didaktik werde ein Bogen von Klasse 5 bis zum Abitur gespannt.

Ähnlich hat sich die Bundesdirektorenkonferenz auf ihrer Herbsttagung geäußert. Auch der Philologenverband Baden-Württemberg sowie der Deutsche Philologenverband setzen sich für den Erhalt des gegliederten Schulwesens ein.

Der Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg (BLV) hat sich am 21. Januar 2008 mit einem Schreiben an Herrn Minister gewandt und sich für das gegliederte Schulsystem in Baden-Württemberg ausgesprochen. Der BLV betont unter anderem, dass die Jugendlichen in Baden-Württemberg im bundesweiten und europäischen Vergleich am wenigsten von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Das baden-württembergische gegliederte Schulwesen sei im bundesweiten Vergleich in der absoluten Spitzengruppe positioniert. Weit mehr als 80 Prozent eines Altersjahrgangs erwerbe in Baden-Württemberg, so der BLV, die Mittlere Reife, beginne entweder eine duale Ausbildung oder erlange an den beruflichen Schulen vollzeitschulisch eine Hochschulzugangsberechtigung und schaffe damit eine gute Ausgangsbasis für ein gelingendes Leben. Ganz besonders betont der BLV den starken Verbund zwischen Realschulen und beruflichen Gymnasien. Dies belegt der Verband mit einer interessanten Umfrage (Stand: 3. Dezember 2007). Diese Umfrage wurde bei insgesamt 1.433 Schülerinnen und Schülern der Wirtschaftsgymnasien durchgeführt und erbrachte, dass rund 70 % der erfolgreichen Abiturientinnen und Abiturienten der Wirtschaftsgymnasien Realschüler sind.

3. falls ja: wie die Landesregierung diese Äußerungen beurteilt und welche Konsequenzen sie daraus zieht;

Die oben erwähnten Stellungnahmen aus den verschiedenen Schularten beziehen eine klare Position zu Fragen der Schulstruktur. Die Position der Landesregierung, ein breites und differenziertes Angebot durch ein anschlussfähiges dreigliedriges Schulwesen zu garantieren, wird von zahlreichen Führungskräften aus den Schularten und Lehrerverbänden bestärkt.

Die Landesregierung setzt auf ein anschlussfähiges mehrgliedriges Schulsystem, so wie es sich in Baden-Württemberg bewährt hat. Begabungsgerechte individuelle Bildungsangebote und die Anschlussfähigkeit des Bildungswesens – wird durch die Zahlen der Umfrage des BLV belegt – sind in unserem dreigliedrigen Schulsystem zwei Seiten einer Medaille.

4. wie sie die aktuelle forsa-Umfrage zu Schulreformen beurteilt und welche Konsequenzen sie daraus zieht.

Die Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa) führte im November 2007 in ganz Deutschland eine repräsentative Befragung von 1.013 Bürgern über achtzehn Jahren durch. Diese Umfrage hat ergeben, dass 60 % der Befragten die Forderung nach Einführung einer Einheits- oder Gemeinschaftsschule ablehnen. 63 % der Befragten sprechen sich darüber hinaus gegen eine Verlängerung der Grundschulzeit aus. 89 % aller Befragten wollen, dass die Gymnasien in Deutschland erhalten bleiben. Die Mehrheit der Deutschen ist nach dieser Umfrage auch gegen eine Abschaffung der Hauptschule. 68 % der Befragten meinen, mit der Abschaffung dieser Schulart würden die Probleme der Schülerinnen und Schüler, die heute die Hauptschule besuchen, nicht gelöst. Die eindeutige Mehrheit der Befragten erteilt Überlegungen, eine Einheitsschule einzuführen oder über die Grundschulzeit zu verlängern eine klare und unmissverständliche Absage. Nur eine Minderheit in Deutschland glaubt, dass die Einführung der Einheitsschule zur Verbesserung der Qualität der Bildung in Deutschland beitragen würde.

Rau

Minister für Kultus, Jugend und Sport